

Rede des Vertreters der
Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Minister Prof. Dr. Hans Joachim Meyer
auf dem Treffen der Aussenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten

New York

1. und 2. Oktober 1990

Herr Vorsitzender!

Meine Damen und Herren!

1. Mit dem bevorstehenden Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland erlangt das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit zurück. Dieser historische Schritt erfolgt im Ergebnis einer friedlichen Revolution, ohne Gewalt und im vollen Einvernehmen mit unseren Freunden, Partnern und Nachbarn in Ost und West und Nord und Süd. Er kann nunmehr vollzogen werden, weil neben den erforderlichen innerdeutschen Vereinbarungen die internationalen Aspekte der deutschen Einheit im "Vertrag über die abschliessende Regelung in bezug auf Deutschland" geregelt wurden. Mit der heute unterzeichneten Vier-Mächte-Erklärung wird die letzte Voraussetzung erfüllt, dass Deutschland als freiheitlicher und demokratischer Staat mit dem Zeitpunkt der Vereinigung seine volle Souveränität zurückerlangt.

2. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat wie die Regierung der Bundesrepublik Deutschland besonderen Wert darauf gelegt, dass die Ergebnisse der Zwei-Plus-Vier-Gespräche allen KSZE-Staaten vorgelegt werden. Dies vor allem, weil die deutsche Frage in diesem Jahrhundert für das Schicksal der Völker in Europa eine besondere Rolle spielte. Zweimal gingen von deutschem Boden verheerende Kriege aus. Die deutsche Frage war ein brisantes Element des Kalten Krieges. Dieses Vertragswerk wird auch deshalb dem KSZE-

Aussenministertgremium vorgestellt, weil der KSZE-Prozess über Jahre den Menschen in der DDR und den anderen Staaten Zentral- und Osteuropas Ermutigung und Rückhalt in ihrem Streben nach Freiheit und Demokratie und bei der gewaltfreien Umgestaltung in ihren Ländern gegeben hat.

3. Die Ergebnisse der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen sind ein überzeugender Beweis, dass unter den neuen politischen Bedingungen in Schlüsselfragen der europäischen Sicherheit Durchbrüche erreichbar sind. Sie sind die völkerrechtliche Basis dafür, dass die deutsche Frage endgültig von der politischen Tagesordnung abgesetzt werden kann. Die Politik des Vereinten Deutschlands will eine Politik des guten Beispiels sein. Die Deutschen bekennen sich zu ihrer Friedenspflicht und erklären verbindlich, dass Deutschland niemals wieder territoriale Ansprüche erhebt und die bestehenden Grenzen als endgültig anerkennt. Die abgegebenen Erklärungen über den Verzicht Deutschlands auf ABC-Waffen und über die Obergrenzen der deutschen Streitkräfte sprechen dafür, dass das vereinte Deutschland zwar grösser, aber keinesfalls militärisch bedrohlich wird.

Mit dem vereinbarten militärischen Status für das bisherige Territorium der DDR einschliesslich seiner Kernwaffenfreiheit wird dieses Gebiet zu einer Zone vorrangiger Abrüstung. Jetzt geht es darum, die günstigen Voraussetzungen zu nutzen, die Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte rechtzeitig ab-

zuschliessen und die nächsten Schritte ohne Pause vorzubereiten. Der gesamte Bereich der konventionellen Rüstung muss den neuen Realitäten in Europa angepasst werden. Ziel bleibt, die Fähigkeit zu beseitigen, Überraschungsangriffe und raumgreifende Offensiven durchführen zu können.

4. Bei der Vereinbarung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages haben sich alle Beteiligten davon leiten lassen, die Vereinigung Deutschlands als Teil der Überwindung der Spaltung Europas zu gestalten. Das Ergebnis ist ein Grundstein für die Schaffung einer neuen gesamt-europäischen Friedensordnung. Diese Gunst der Stunde müssen und wollen wir nutzen. Nur so ist es möglich, von vornherein jeden Rückfall in die Zeit der Konfrontation auszuschliessen und eine bisher nicht gekannte gute Nachbarschaft zwischen den Staaten und Völkern entstehen zu lassen, die alle Europäer, die USA und Kanada einbezieht.

Das vereinte Deutschland, eingebettet in bewährte Bündnis- und Integrationsmechanismen Westeuropas und mit den Staaten Osteuropas durch ein enges Geflecht von Beziehungen verbunden, verfügt über gute Voraussetzungen, den Prozess des Zusammenwachsens Europas nachhaltig zu fördern. Beide deutsche Staaten haben im gesamten Prozess der Vereinigung gleichermassen bekräftigt: Unser Ziel ist ein europäisches Deutschland. Das vor diesem Forum hervorzuheben, soll keine rhetorische Übung sein. Es wi-

^{nicht}derspiegelt die Bereitschaft, verantwortungsbewusst alles in unseren Kräften Stehende für eine neue gesamteuropäische Friedensordnung zu tun.

5. Im besonderen gilt das für den KSZE-Prozess. Er ist unverzichtbar, um eine neue Ordnung des Friedens in Europa zu errichten, die auf freundschaftlichen Beziehungen beruht, auf gleicher Sicherheit für alle, auf der Herrschaft des Rechts und der Demokratie, des politischen und geistigen Pluralismus sowie der sozialen Gerechtigkeit. Die KSZE - und dieses KSZE-Treffen in New York ist ein weiterer Beleg dafür - bleibt ein ideales Forum, um gesamteuropäische Gestaltungsaufgaben zu lösen. Wenn wir einen Blick auf mögliche Entscheidungen des Gipfeltreffens in Paris werfen, kann bereits jetzt die Voraussage getroffen werden, dass die Vereinigung Deutschlands von weitreichenden Schritten zu gemeinsamen europäischen Institutionen begleitet sein wird.

Konsens zeichnet sich ab über einen periodischen politischen Konsultationsmechanismus auf hoher und höchster Ebene sowie eine parlamentarische Dimension der KSZE. Wichtige Entscheidungen zur Abrüstung und Vertrauensbildung stehen an. Wir begrüßen, dass es ein hohes Mass an Übereinstimmung gibt, den KSZE-Prozess zu institutionalisieren. Alles deutet darauf hin, dass das Pariser Treffen in der Lage sein wird, in einem neuen Grundsatzdokument der KSZE den Weg für weitergehende Schritte auch in anderen Bereichen zu weisen. Das gilt für die Erweiterung der Zusammenarbeit auf den Gebieten Ökologie, der Wirtschaft, der Kultur und nicht

zuletzt im humanitären Bereich, in welchem Fragen der Rechte nationaler Minderheiten zunehmend an Gewicht gewinnen. Dabei wissen wir: Europa wächst von unten. Die Menschen müssen mehr Möglichkeiten erhalten, sich kennenzulernen, sich ihrer Gemeinsamkeiten, aber auch ihrer Unterschiede bewusst zu werden und sie gegenseitig zu tolerieren. Die Regierung der DDR hat in dieser Hinsicht vielfältige Anstrengungen unternommen und alle konstruktiven Schritte unterstützt. Das gilt insbesondere für alle Überlegungen, ein gesamteuropäisches Jugendwerk ins Leben zu rufen.

6. So tritt die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland in der Erwartung bei, dass Europa wichtige Entscheidungen für sein künftiges Profil treffen wird. Es verwirklichen sich unsere Vorstellungen von der Gestaltung eines neuen Europa, in dem die Perspektive des einheitlichen Deutschland untrennbar verwoben ist mit der Perspektive Gesamteuropas.

Herr Vorsitzender!

Meine Damen und Herren!

Die erste KSZE-Aussenministerkonferenz auf amerikanischem Boden, deren Gastgeber ich auf das herzlichste danken möchte, widerspiegelt die enge Verbindung der USA und Kanadas mit dem Schicksal Europas, mit dem KSZE-Prozess. Sie vermittelt zugleich die Chance

einer neuen Weltordnung. Frieden und Sicherheit sind unteilbar. Es geht um die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, um Solidarität und Partnerschaft mit den ärmsten Ländern dieser Welt. Für sie geht es häufig nicht darum, besser zu leben, sondern zu überleben. Daher gilt es, neue Strukturen der Kooperation zu schaffen - regional und global. Daher gilt es, nunmehr im weitesten Sinne von der Friedenserhaltung zur Friedensgestaltung überzugehen. Wir wollen, dass das vereinte Deutschland nach besten Kräften dazu beiträgt. Die Deutschen, die jetzt als gleichberechtigte Bürger der Bundesrepublik beitreten, werden das Ihre dazu tun.